

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Gegenstand und Ziel der Untersuchung	15
§ 2 Annexbedingungen	17
A. Definition der Annexbedingungen	17
B. Unterscheidung zwischen formellen und materiellen Annexbedingungen....	17
C. Relevanz der Annexbedingungen für das BetrVG	18
I. Die Regelungsbefugnis der Einigungstelle	18
II. Die Regelungsbefugnis der Betriebsparteien im Anwendungsbereich des § 87 BetrVG.....	18
III. Die Interdependenzen zwischen Annexbedingungen und Koppelungsgeschäften	19
D. Beispiele Fälle	20
I. Betriebsvereinbarung über Urlaubsabgeltung.....	21
II. Verteilung der Kosten für die Einrichtung eines Bankkontos im Ausland	21
III. Erstattung von Benzinkosten für Heimarbeiterinnen	21
E. Meinungsstand zu Annexbedingungen in Rechtsprechung und Literatur.....	22
I. Das Meinungsbild in der Rechtsprechung.....	22
1. Beschluss des BAG vom 08.03.1977 –1 ABR 33/75.....	22
2. Beschluss des BAG vom 31. August 1982 Az. 1 ABR 8/81	26
3. Urteil des BAG vom 1.12.1992 Az. 1 AZR 260/92.....	28
4. Urteil des BAG vom 11.07.2000 Az. 1 AZR 551/99	30
5. Beschluss des BAG vom 6.12.1983 zu dem Az. 1 ABR 43/81	31
6. Beschluss des BAG vom 2.4.1996 zu dem Az. 1 ABR 47/95	31
7. Beschluss des Landesarbeitsgerichts Düsseldorf/Köln vom 27. Februar 1975 zu dem Az.: 16 TA BV 113/74	32
8. Beschluss des LAG Düsseldorf vom 20.8.1973 Az. 10 Ta BV 46/73.....	34
9. Lösung der Beispiele Fälle unter Berücksichtigung der Ansichten der Rechtsprechung	34
II. Die Ansichten in der Literatur.....	35
1. Befürworter der Zugehörigkeit von Annexbedingungen zum Mitbestimmungskatalog	35
2. Gegner der Lehre von den Annexbedingungen	44
3. Lösung der Beispiele Fälle	49
4. Zusammenfassung	49

F. Eigene Untersuchung der Zugehörigkeit von Annexbedingungen zum Mitbestimmungskatalog des § 87 I BetrVG.....	50
I. Auslegung der Vorschrift des § 87 I BetrVG.....	50
II. Erweiterung des Mitbestimmungskataloges des § 87 I BetrVG um Annexbedingungen durch Rechtsfortbildung.....	51
1. Gesetzesimmanente Rechtsfortbildung	51
2. Gesetzesübersteigende Rechtsfortbildung.....	63
3. Zwischenergebnis	71
III. Ergebnis der Rechtsfortbildung	71
G. Regelungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit <i>materiellen</i> Annexbedingungen.....	71
I. Individualvertragliche Regelungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern	72
II. Freiwillige Betriebsvereinbarungen als Regelungsinstrumentarium für Annexbedingungen	72
1. Günstigkeitsprinzip	73
2. Lohnverwendungsbestimmungen.....	74
3. Kostenverteilung nach Sphären.....	75
4. Zustimmungsverweigerungsrecht	76
5. Erweiterung des Mitbestimmungskataloges durch Betriebsvereinbarung oder Tarifvertrag	77
H. Rechtsfolgenbetrachtung im Zusammenhang mit formellen Annexbedingungen.....	79
I. Ergebnis der Rechtsfolgenbetrachtung.....	80
K. Gesamtergebnis	80
L. Lösung der Beispiele.....	80
 § 3 Die Zulässigkeit von Koppelungsgeschäften im Bereich der notwendigen Mitbestimmung des § 87 I BetrVG	83
1. Teil: Definition der Koppelungsgeschäfte.....	83
A. Allgemeine Definition – „Bedingungsdefinition“ und Verursachungsdefinition“	83
B. Definition der Koppelungsgeschäfte im Anwendungsbereich des Betriebsverfassungsgesetzes	84
C. Bedeutung der Koppelungsgeschäfte für die betriebliche Praxis.....	85
D. Die typischen Ausgangssituationen für Koppelungsgeschäfte und deren Initiatoren	86
I. Notwendige Mitbestimmung des Betriebsrates.....	86
II. Koppelung durch den Arbeitgeber im Fall des Initiativrechts des Betriebsrates	87

III. Koppelung des Arbeitgebers durch „Paketangebote“	88
IV. Sprüche der Einigungsstelle	88
E. Beispiele	88
I. Zustimmung zu Kurzarbeit bei Kündigungsrücknahme	88
II. Zustimmung zu Überstunden unter der Bedingung der Freiwilligkeit.....	89
III. „Zugabe“ des Arbeitgebers für den Fall der Zustimmung zur Kurzarbeit	89
IV. Einführung neuer Telefonanlagen im Call-Center	89
V. Mitwirkung durch den Arbeitgeber nur nach Zustimmung	90
2. Teil: Die Bestandteile des Koppelungsgeschäfts i.w.S.	91
A. „Das Koppelungsansinnen“ als notwendiger Bestandteil	91
B. „Das Grundgeschäft“ als fakultativer Bestandteil des Koppelungsgeschäfts i.w.S.....	92
C. „Das Koppelungsgeschäft i.e.S.“	93
3. Teil: Meinungsstand zur Zulässigkeit von Koppelungsgeschäften im Anwendungsbereich des BetrVG	94
A. Bestandsaufnahme der Rechtsprechung.....	94
I. Rechtsprechung des BAG.....	94
II. Rechtsprechung der Landesarbeitsgerichte.....	95
1. Rechtsprechung des Landesarbeitsgerichts Köln.....	95
2. Rechtsprechung des Landesarbeitsgerichts Nürnberg	97
3. Rechtsprechung des Landesarbeitsgerichts Hessen	98
4. Rechtsprechung des LAG Düsseldorf.....	99
III. Rechtsprechung der Arbeitsgerichte.....	100
1. Rechtsprechung des Arbeitsgerichts Hamburg	100
2. Rechtsprechung des Arbeitsgerichts Hannover	101
B. Meinungsstand in der Literatur.....	102
I. Befürworter von Koppelungsgeschäften.....	102
1. Auffassung von Klebe.....	102
2. Auffassung von v. Hoyningen-Huene.....	102
3. Auffassung von Konzen	103
4. Auffassung von Worzalla	104
5. Auffassung von Wiese.....	106
6. Auffassung von Brandl.....	106
7. Auffassung von Hromadka.....	109
8. Auffassung von Zumbeck	109
9. Auffassung von Gentz	110
10. Auffassung von Schoof	110
11. Auffassung von Rückert.....	111

II. Gegner von Koppelungsgeschäften.....	112
1. Auffassung von Brossette.....	112
2. Auffassung von Kappes.....	113
3. Auffassung von Hanau/Reitze.....	113
4. Auffassung von Hanau.....	115
5. Auffassung von Mundt.....	116
6. Auffassung von Eich	119
7. Auffassung von Zöllner.....	119
8. Auffassung von Bengelsdorf.....	120
9. Auffassung von Bauer	120
10. Auffassung von Rieble/Klebeck.....	121
11. Auffassung von Franzen.....	121
C. Ergebnis der einzelnen Auffassungen	121
4. Teil: Eigene Untersuchung der Zulässigkeit von Koppelungsgeschäften im Bereich der notwendigen Mitbestimmung des § 87 I BetrVG	123
A. Auslegung des § 87 I BetrVG	123
I. Auslegung des Wortlautes	123
II. Systematische und historische Auslegung	124
III. Auslegung nach dem Sinn und Zweck der Vorschrift (teleologische Auslegung).....	125
1. Die Berücksichtigung des Normbereichs.....	127
2. Die Berücksichtigung der allgemeinen Normzwecke.....	128
B. Ergebnis	148
§ 4 Rechtsfolgen der Unzulässigkeit des Koppelungsgeschäftes i.w.S.	151
A. Das Koppelungsgeschäft als unzulässige Rechtsausübung	151
B. Das Auffinden der Rechtsfolgen der unzulässigen Rechtsausübung	152
I. Das Koppelungsansinnen	153
1. Das Koppelungsansinnen des Betriebsrates	153
2. Das Koppelungsansinnen des Arbeitgebers	156
3. Beurteilung der Rechtsfolgen unter Berücksichtigung der Gesamtsituation	157
4. Ergebnis.....	159
II. Rechtsfolgen für das Grundgeschäft und das Koppelungsgeschäft i.e.S.	159
1. Die Rechtsfolgen im Falle der vom Betriebsrat initiierten Koppelungsgeschäfte i.w.S.	160
2. Die Rechtsfolgen für die vom Arbeitgeber initiierten Koppelungsgeschäfte.....	162

III. Zeitliches Verhältnis zwischen Grund- und Koppelungsgeschäft.....	164
IV. Zwischenergebnis	165
V. Sprüche der Einigungsstelle.....	165
1. Keine Übertragung der Rechtsfolgen auf Sprüche der Einigungsstelle	166
2. Entscheidungskompetenzen der Einigungsstelle im Rahmen der notwendigen Mitbestimmung.....	166
3. Sachliche Zuständigkeit der Einigungsstelle unter Berücksichtigung von Annexbedingungen.....	167
4. Folgen der Kompetenzüberschreitung für die Wirksamkeit des Spruches der Einigungsstelle	167
5. Keine zwingende Gesamtnichtigkeit bei zusätzlichen Regelungen.....	168
VI. Ergebnis	169

§ 5 Bewertung der Koppelungsgeschäfte nach den allgemeinen Regelungen des BGB.....	171
A. Die Beurteilung des Grundgeschäftes	171
B. Die Beurteilung des Koppelungsgeschäftes i.e.S.....	172
I. Nichtigkeit des Koppelungsgeschäftes i.e.S. nach § 134 BGB.....	172
II. Nichtigkeit des Koppelungsgeschäftes gem. 138 BGB	174
III. Anfechtbarkeit wegen widerrechtlicher Drohung gem. § 123 I BGB....	176
1. Vorliegen einer Drohung.....	176
2. Widerrechtlichkeit der Drohung.....	177
3. Vorsatz zur Willensbeeinflussung.....	178
4. Ergebnis	178

§ 6 Abwehransprüche auf der Grundlage des BetrVG	181
A. Anrufung der Einigungsstelle.....	181
B. Rechte aus § 23 BetrVG	181
I. Verletzung gesetzlicher Pflichten durch den Betriebsrat	182
1. Grobe Pflichtverletzung als Auflösungsgrund	182
2. Zwischenergebnis	185
II. Verletzung gesetzlicher Pflichten durch den Arbeitgeber	185
1. Grobe Pflichtverletzung des Arbeitgebers	185
2. Zwischenergebnis	185
III. Geeignetheit der Vorschrift zur Abwehr betriebsverfassungs- widriger Koppelungsgeschäfte	186
1. Geeignetheit zur Abwehr von Koppelungsansinnen des Betriebsrates.....	186

2. Geeignetheit zur Abwehr der Koppelungsansinnen des Arbeitgebers	187
IV. Auf Unterlassung gerichtetes einstweiliges Verfügungsverfahren	188
1. Ansprüche nach § 23 I BetrVG	188
2. Ansprüche nach § 23 III BetrVG	188
C. Allgemeiner Unterlassungsanspruch	189
I. Allgemeiner Unterlassungsanspruch des Betriebsrates.....	190
II. Allgemeiner Unterlassungsanspruch des Arbeitgebers	190
1. Existenz eines allgemeinen Unterlassungsanspruchs des Arbeitgebers	191
2. Inhalt und Gegenstand des allgemeinen Unterlassungsanspruchs	192
III. Ergebnis	193
IV. Allgemeiner Unterlassungsanspruch und einstweilige Verfügung	193
D. Allgemeiner Feststellungsantrag	195
E. Einstweilige Regelungsverfügung	195
§ 7 Lösung der Beispiele Fälle	197
A. Beispieldfall 1	197
B. Beispieldfall 2	197
C. Beispieldfall 3	198
D. Beispieldfall 4	198
E. Beispieldfall 5	199
§ 8 Zusammenfassung	201
A. Koppelungsgeschäft	201
B. Annexbedingungen	201
Literaturverzeichnis	203